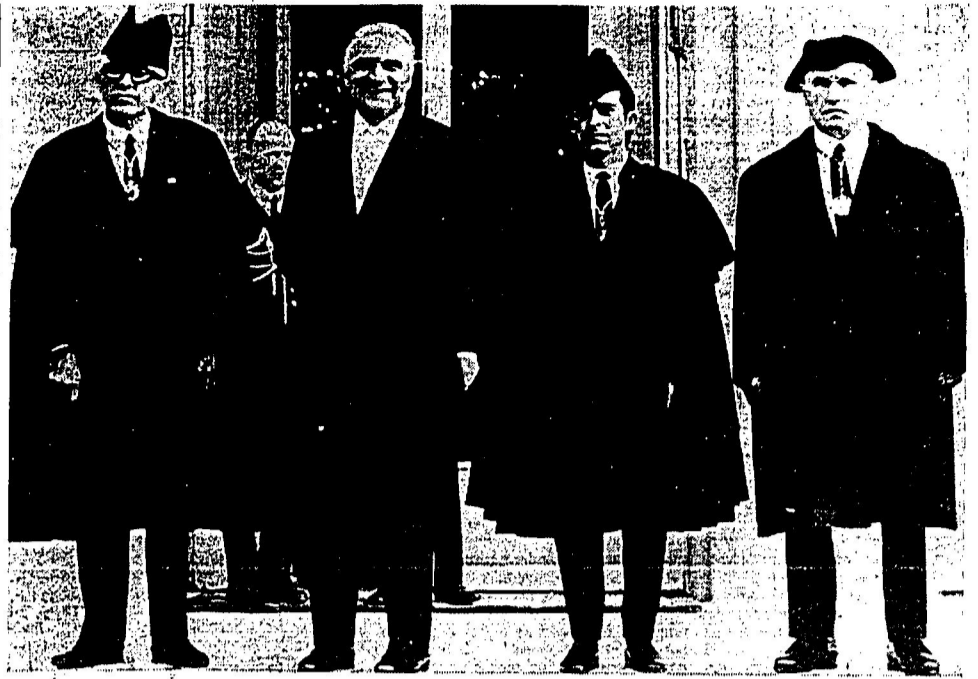


Luzerner Tagblatt



Der Prinz von Andorra

Präsident Georges Pompidou hat das höchste Amt eines der kleinsten Staaten angetreten; Er wurde Schirmherr von Andorra. Unser Bild zeigt ihn vor dem Elysée mit dem Bürgermeister von Andorra, Escude (links), und zwei Stadträten. Keystone

Wie der Fall Frauenknecht entdeckt wurde

Schwerer Unfall bei Wauwil LM
Parlament ehrt verstorbenen Bundeshausjournalisten LM

Nasser doch bald nach Moskau?

London, 29. Sept. (UPI) Nasser werde in den nächsten Wochen doch mit der sowjetischen Führung zusammentreffen, um die in letzter Zeit gewachsenen Spannungen zwischen Arabern und Sowjets zu erörtern.

Nasser hatte ursprünglich bereits im September in die sowjetische Hauptstadt fliegen wollen, die Reise wurde dann aber wegen seiner Erkrankung abgesagt. Auch die Verstimmlung der Ägypter über Moskau soll an dem Aufschub der Moskauer Besprechungen schuld sein. Das Verhältnis zwischen Moskau und Kairo soll sich in letzter Zeit erheblich abgekühlt haben, vor allem, weil Nasser nicht mit Moskau Haltung bei den Vierergesprächen zur Lösung der Nahost-Krise einverstanden sei.

In den diplomatischen Kreisen Londons wird darauf hingewiesen, daß die Araber vor allem mit der Taktik der sowjetischen Unterhändler unzufrieden seien, denen es nicht gelungen sei, einen Termin für den Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten arabischen Gebieten durchzusetzen. — Andere Streitpunkte hätten sich aus der Weigerung der Sowjets ergeben, den Arabern noch mehr offensive Waffen zu liefern. Ein weiterer Grund für die Spannungen dürfte in der sowjetischen Kontrolle über die ägyptischen Waffen und das

Oberkommando liegen. Nasser möchte sich in Moskau bemühen, die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen.

Neue israelische Fliegerangriffe am Suezkanal

Tel Aviv, 29. Sept. ag. (AFP) Israelische Flugzeuge haben am Montag erneut ägyptische Stellungen am Suezkanal bombardiert. In einem Bericht des israelischen Militärsprechers heißt es, dieser Angriff sei in Erwiderung der unablässigen ägyptischen Aggressionsakte erfolgt.

Israelische Wiedergutmachungsbehörde

Jerusalem, 29. Sept. (UPI) Die israelische Regierung will eine Wiedergutmachungsbehörde schaffen, die Anträge von jüdischen Bürgern entgegennehmen soll, die nach der Gründung Israels als Staat im Jahre 1948 aus Ägypten, Irak, Syrien und dem Jemen nach Israel einwanderten. Die neue Behörde soll Beweise für Vermögensschäden von Juden aus diesen vier arabischen Ländern sammeln, auch Schäden durch Verfolgung werden registriert. Die gesammelten Beweise und Fakten sollen als Grundlage für Ansprüche gegen diese Länder und bei internationalen Körperschaften dienen.

Neue Aufgaben der Weltbank

Vielseitige Hilfsmethoden für Entwicklungsländer

Washington, 29. Sept. (UPI) Den Entwicklungsländern will die Weltbank künftig mehr Mittel zur Verfügung stellen. Gleichzeitig möchte sie, wie ihr Präsident McNamara auf der gemeinsamen Gouverneurstagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) erklärte, die nichtfinanziellen Hilfen ausbauen. Sie geht dabei jedoch von der Erwartung aus, daß die Empfängerländer mehr eigene Initiative bei der Schaffung wirtschaftlicher Grundlagen zeigen.

Die Weltbank hat ihre Kredite im Geschäftsjahr 1969 um 87 Prozent auf 1,877 Milliarden Dollar gesteigert. 1970 sollen die Ausleihungen 2,25 Milliarden Dollar erreichen. Die Weltbank wird ihre Pläne auch dann verwirklichen können, wenn die Begehung neuer An-

leihen etwas unter dem Volumen der letzten zwölf Monate zurückbleibt.

Die Weltbank will stärker als bisher eher auch andere Hilfen anbieten. Die Unterstützung wird sich auch auf die Geburtenkontrolle erstrecken. Nach wie vor gilt das rapide Bevölkerungswachstum als das größte Hindernis für wirtschaftliche und soziale Fortschritte in den Entwicklungsländern.

Neben der Eindämmung des übermäßigen Bevölkerungswachses sei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unerlässlich. Es dürfe nicht geduldet werden, daß auf Kosten der Landwirtschaft die Industrialisierung zu sehr forciert werde, weil dadurch auf lange Sicht die Rohstoffgrundlage wie der Absatzmarkt für die Industrie untergraben würden.

Kleine oder Große Koalition?

Bei einer bisher in Westdeutschland einmalig großen Wahlbeteiligung von rund 88 Prozent brachte die Bundestagswahl für die CDU/CSU 46,2 Prozent, für die SPD 42,7 Prozent und für die FDP 5,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die NPD mit lediglich 4,3 Prozent und die kommunistische ADF mit ganzen 1,1 Prozent konnten die erforderliche Fünf-Prozent-Klausel nicht überspringen und werden nicht in den Bundestag einziehen.

Die CDU/CSU hat mit diesem Ergebnis ihre bisherigen Positionen im wesentlichen halten können und gegenüber den letzten Bundestagswahlen nur rund ein Prozent verloren. Der Erfolg ist nicht zuletzt ein Verdienst von Bundeskanzler Kiesinger, der allein über 500 Wahlkundgebungen durchführte. Von großer Bedeutung dürfte auch die harte, mißtrauische Haltung der CDU/CSU in ihrer Ostpolitik gegenüber Moskau und Ostberlin gewesen sein; vieles spricht dafür, daß diese Haltung in sehr großem Maße von den Flüchtlingen und Vertriebenen honoriert wurde.

Die Sozialdemokraten stiegen von bisher 39,1 Prozent um drei Prozent an und erreichten damit das beste Ergebnis in ihrer bisherigen Parteigeschichte. Ihre Arbeit in der Bonner Koalitionsregierung ließ sie neue Wählerschichten ansprechen, wie sie auch einen Großteil der Jungwähler auf ihrer Seite wissen. Der Erfolg aber ist weit unter den von der SPD-Führung erhofften Siegesquoten geblieben. Diese hatte gehofft, die CDU/CSU an Stimmen überflügeln zu können. Die Mark-Aufwertungsfrage, die nach ihren eigenen Funktionsbroschüren künstlich angeheizt worden war, fand nicht die gewünschte Zustimmung im Volk, und die wilden Streiks zerstörten manches an der Beliebtheit Schillers, und Brandt war manchen Kreisen als Bundeskanzler nicht opportun.

Die eigentlichen Verlierer der Wahl sind die oppositionellen Freien Demokraten, deren Führung bis zuletzt auf zwölf Prozent gehofft hatte — und die jetzt mehr als ein Drittel aller Stimmen einbüßten. Es sind Verluste, die die Partei nahe an die Grenze des Zusammenbruchs bringen dürften. Der Grund für dieses schlechteste Wahlergebnis der FDP seit 20 Jahren ist zweifellos im Linkskurs der Partei zu suchen, der mit Illusionen in der Ostpolitik verbunden

war. Zugleich dürfte die FDP mit der SPD lediglich eine gegenseitige Verschiebung der Stimmen erreicht haben, die konservativ-liberalen Kräfte werden der Partei kaum noch ihr Vertrauen gegeben haben. Es mehren sich jetzt innerhalb der FDP auch schon die Stimmen, die einen Rücktritt des Vorsitzenden Scheel verlangen und die wieder einen liberalen Mittelkurs der Partei anstreben.

Die NPD, die ebenfalls auf zwölf Prozent Stimmen gehofft hatte, ist zwar gegenüber 1965 angestiegen, aber im Vergleich zu den Landtagswahlen der letzten Jahre stark abgesunken. NPD-Chef von Thadden, der nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse alt und gebrochen wirkte, will das Wahlergebnis auf Grund der erfolgten Störungen anfechten. Erste Anzeichen lassen erkennen, daß der in etwa sechs Wochen stattfindende NPD-Bundesparteitag vielleicht sogar den Rücktritt von Thaddens fordern wird, offen bleibt aber die Frage, ob dann nicht noch radikalere Nachfolger an seinen Platz treten werden. Die

eindeutige Absage des deutschen Volkes an den Rechtsradikalismus wurde von den Bonner Parteien mit Erleichterung aufgenommen und dürfte die Fragezeichen des östlichen, aber auch des westlichen Auslandes an die junge deutsche Demokratie sehr vermindern lassen.

Nach den bisherigen Resultaten werden die CDU/CSU im Parlament 243 Sitze haben, die SPD 224 und die FDP 29. Rein rechnerisch ist damit eine Koalition zwischen SPD und FDP möglich, es ist allerdings politisch kaum denkbar, daß sich beide Parteien auf das hauchdünne Eis eines winzigen Stimmenvorsprungs begeben werden. Andererseits gibt man einer Großen Koalition kaum noch Chancen, die im Wahlkampf zugefügten Narben sind noch keineswegs verheilt. Man glaubt vielmehr an ein Zusammengehen zwischen CDU und FDP, das die SPD in die Oppositionsrolle schieben würde. Man rechnet am Rhein mit sehr langen Verhandlungen. Eine neue Bundesregierung wird erst für November/Dezember erwartet.

F. W. Schlomann (Bonn)

Brandt möchte Kanzler werden

CDU/CSU und SPD werben um die FDP

Bonn, 29. Sept. (DPA/UPI) Der SPD-Vorsitzende und derzeitige Vizekanzler Willy Brandt will Bundeskanzler werden. Ein SPD-Sprecher hob hervor, SPD und FDP hätten zusammen 254 Parlamentsitze gegen 242 der CDU/CSU errungen.

Eine Schlüsselposition im Ringen um die Macht fällt der FDP zu, die als kleinste Parlamentspartei starke Stimmeneinbußen hat hinnehmen müssen und die nur knapp über der Fünf-Prozent-Sperre geblieben ist. Eine SPD/FDP-Koalition würde gegenüber der CDU/CSU über eine Mehrheit von zwölf Mandaten verfügen. Bei einer Fortsetzung der Großen Koalition würden sich CDU/CSU und SPD auf 466 Abgeordnete stützen können.

Heck lud FDP zu Koalitionsgesprächen ein

Der Generalsekretär der CDU, Bruno Heck, hat dem stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Genscher eine Einladung zu Koalitionsgesprächen übermittelt. Auf die Frage, ob eine ähnliche Einladung von der CDU an die SPD ergehen werde, sagte Heck: «Aber natürlich.»

Strauß befürwortet Koalition mit FDP

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß würde die Bildung einer Kleinen Koalition der CDU/CSU mit der FDP einer Wiederholung der Großen Koalition mit der SPD vorziehen. Das erklärte er in der Wahlnacht vor Journalisten in München.

Sechs FDP-Abgeordnete in Gewissenskonflikt?

Von den 30 Abgeordneten der Bundestagsfraktion der FDP, von deren Votum bei der Wahl eines neuen Bundeskanzlers der künftige politische Kurs

der Bundesregierung abhängt, scheinen nach ihrem bisherigen politischen Werdegang zumindest sechs in Gewissenskonflikte zu geraten, wenn sie Brandt zum Regierungschef wählen sollen. Zu diesen gehört auch der frühere FDP-Chef Erich Mende. — Da eine SPD/FDP-Koalition nur eine Mehrheit von zwölf Mandaten über die CDU/CSU hätte, könnte ein Abweichen von sechs Abgeordneten der FDP von der Parteilinie bereits ein parlamentarischer Pakt in der Kanzlerwahl bedeuten.

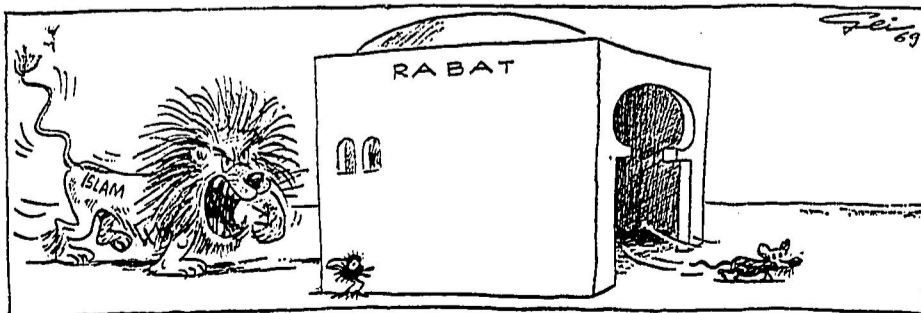
Sondersitzung der Regierung

Bonn, 29. Sept. ag. (DPA) Das Kabinett ist am Montagvormittag zu einer Sondersitzung zusammengetreten, um über die Konjunkturlage, über Preise und Löhne sowie über die Mark-Spekulation zu beraten. Dem Kabinett lagen dazu Vorschläge von Wirtschaftsminister Schiller und Finanzminister Strauß vor.

Devisenbörsen am Montag geschlossen — Bundesbank-Interventionen am Devisenmarkt eingestellt

Die westdeutschen Devisenbörsen blieben auch am Montag geschlossen. Wie der Regierungssprecher Diehl mitteilte, ist diese Entscheidung nach Absprache zwischen Kanzler Kiesinger und Wirtschaftsminister Schiller getroffen worden. Die Devisenbörsen waren bereits am Donnerstag und Freitag gegen vergangene Woche geschlossen, um die Markspekulation zu bremsen.

Die Regierung hat die Deutsche Bundesbank gebeten, ihre Interventionen am Devisenmarkt zur Aufrechterhaltung der Kurse für die Mark am oberen Interventionspunkt einzustellen. Nach der Wiederöffnung der Devisenbörsen am Dienstag können sich die Mark-



Wunderbare Verwandlung am Islam-Gipfel in Rabat

Hans Geisen — Copyright by Cosmopress Genf